



Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022

Verbraucherpreise steigen um 6,6 Prozent



Von Diane Dammers

Die Verbraucherpreise stiegen 2022 wesentlich stärker als in den Jahren zuvor. Im Jahresdurchschnitt lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz, der als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung verwendet wird, um 6,6 Prozent über dem Niveau von 2021. Eine höhere Inflationsrate gab es in Westdeutschland zuletzt Anfang der 1970er-Jahre.

Schon im Vorjahr lag die Teuerung deutlich über der für die Geldpolitik wichtigen Zwei-Prozent-Marke. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine verschärfte sich der Preisdruck weiter; insbesondere die Energiepreise stiegen sprunghaft. Den höchsten Stand im Jahresverlauf erreichte die Inflationsrate im November mit +8,5 Prozent. Dieser Beitrag ist ein Auszug aus der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022“, in der die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres detailliert dargestellt wird.

Inflation erreicht Rekordniveau

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz: +6,6 Prozent

Die Verbraucherpreise stiegen 2022 im Jahresdurchschnitt um 6,6 Prozent. Eine Inflationsrate in dieser Größenordnung hat es seit Beginn der Zeitreihe des Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz im Jahr 1995 nicht gegeben. Die Entwicklung der Verbraucherpreise verläuft in Rheinland-Pfalz ähnlich wie in Deutschland; bundesweit kletterte der Verbraucherpreisindex 2022 im Jahresdurchschnitt um 6,9 Prozent. Eine höhere Inflationsrate gab es in Westdeutschland zuletzt Anfang der 1970er-Jahre: Im Jahr 1973 stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte – ein Vorläufer des heutigen Verbraucherpreisindex für das frühere Bundesgebiet – infolge der ersten Ölpreiskrise im Jahresdurchschnitt um 7,1 Prozent.

Inflationsraten in dieser Größenordnung stellen Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Sie haben neben Wohlfahrtsverlusten auch Verteilungseffekte zur Folge, da nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen von den negativen Auswirkungen der Preissteigerungen betroffen sind. Aus Sicht der Wirtschaft besteht zum einen das Risiko, dass die Kaufkraftverluste bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu einem Rückgang der Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen führen. Zum anderen besteht die Möglichkeit, dass in Zeiten starker Teuerung höhere Lohnforderungen durchgesetzt werden, die für die Unternehmen kostensteigernd wirken und über Preiserhöhungen weitergegeben werden und so die Inflation weiter vorantreiben (Zweitrunde-effekt, Lohn-Preis-Spirale). Darüber hinaus

Inflation verursacht Wohlfahrtsverluste und Verteilungseffekte



werden unternehmerische Entscheidungen, z. B. Investitionen und Preissetzung, durch den Wertverlust des Geldes erschwert.

Inflationsrate erreicht im November ihren Höchststand

Schon 2021 war im Jahresverlauf ein außergewöhnlich starker Anstieg der Teuerung zu verzeichnen. Im Jahr 2022 gewann die Inflation noch weiter an Dynamik. Im Januar und im Februar waren die Verbraucherpreise vier bzw. 4,1 Prozent höher als im jeweiligen Vorjahresmonat. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar zog die Inflation sprunghaft an – im März 2022 lagen die Verbraucherpreise um 5,5 Prozent über dem Niveau von März 2021. Im April stieg die Teuerungsrate auf sechs Prozent, und im August überschritt sie die Sieben-Prozent-Marke. In den Monaten September

bis November lag die Inflationsrate bei mehr als acht Prozent; ihren Höchststand im Jahresverlauf erreichte sie im November mit +8,5 Prozent. Zwar ließ die Dynamik zum Jahresende etwas nach – im Dezember waren die Verbraucherpreise 7,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Trotzdem lag die Teuerungsrate weit über dem Zwei-Prozent-Ziel der Europäischen Zentralbank für den Euroraum.

Die außergewöhnlich starken Preissteigerungen haben verschiedene Ursachen. Teilweise sind sie nach wie vor eine Folge der Coronapandemie. Auf den pandemiebedingten Einbruch der globalen Wirtschaftsleistung im Frühjahr 2020 folgte eine rasche Erholung, die die Nachfrage nach Energie und Rohstoffen weltweit rapide steigen ließ.

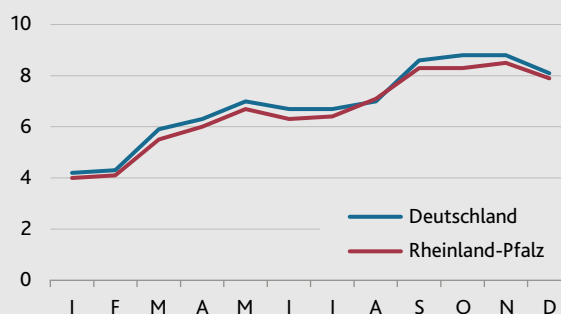
Preissteigerungen sind zum Teil eine Folge der Coronapandemie

G1 Verbraucherpreise 2022

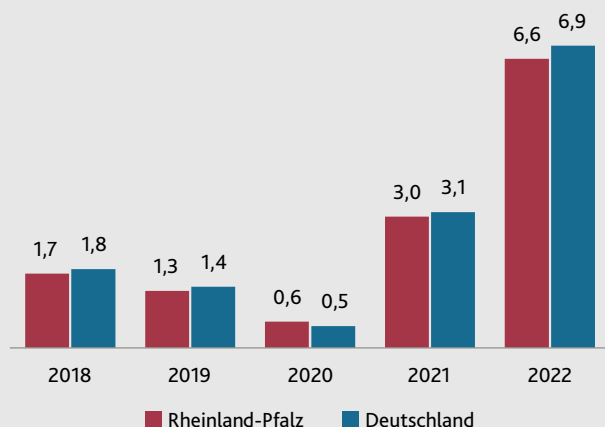


Verbraucherpreise:	+6,6%
Nahrungsmittel:	+12,9%
Energie:	+26,3%
Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie:	+3,9%

Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Veränderung zum Vorjahr in %



Ausgewählte Preisentwicklungen 2022:



Molkereiprodukte und Eier: +19,1%



Fleisch und Fleischwaren: +15,1%



Kraftfahrer-Preisindex: +11,8%



Das Angebot konnte mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten, sodass die Energie- und Rohstoffpreise anzogen. Außerdem wirkten pandemiebedingte Störungen der Lieferketten und eine starke Erhöhung der Frachtraten im internationalen Warenverkehr preistreibend. Die Preissteigerungen schlugen sich mit etwas Zeitverzug in den Verbraucherpreisen nieder, da die Güterproduzenten ihre gestiegenen Energie- und Materialkosten entlang der Wertschöpfungskette über Preiserhöhungen an die Abnehmer der Endprodukte weitergaben. Darüber hinaus waren die Verbraucherinnen und Verbraucher von den Energiepreissteigerungen auch unmittelbar durch die Verteuerung von Haushaltsenergie und Kraftstoffen betroffen.

Energiepreise reagieren stark auf Kriegsausbruch

Durch den Angriff Russlands auf die Ukraine hat sich der Preisdruck weiter verschärft. Besonders stark reagierten die Energiepreise auf den Ausbruch des Krieges. War Energie im Januar und im Februar 2022 um 16 bzw. 17 Prozent teurer als ein Jahr zuvor, lagen die Energiepreise im März bereits um 30 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Auch in den Folgemonaten blieb der Preisdruck hoch – im Jahresdurchschnitt stiegen die Energiepreise um 26 Prozent. Internationale Konflikte treiben häufig die Energiepreise in die Höhe, erschwerend kommt aber diesmal hinzu, dass die Russische Föderation für Deutschland seit langem einer der wichtigsten Erdgas- und Erdöllieferanten war. Im Jahr 2021 belegte Russland mit einem Anteil von 27 Prozent an den gesamten deutschen Erdgas- und Erdölimporten Platz eins unter den Lieferländern vor den Niederlanden und Norwegen.¹

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Energiepreise: Hohe Steigerungen auf allen Wirtschaftsstufen. Pressemitteilung Nr. N 016 vom 29. März 2022. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/03/PD22_N016_61.html [abgerufen am: 27. Februar 2023]

Revision des Verbraucherpreisindex – Umstellung auf das neue Basisjahr 2020

Der Verbraucherpreisindex wird in regelmäßigen Abständen einer Revision unterzogen und auf ein neues Basisjahr umgestellt. Allgemein bezeichnet „Revision“ in der amtlichen Statistik eine Überarbeitung bereits veröffentlichter Ergebnisse. Teilweise werden bisher nicht verfügbare Daten in die Berechnung einbezogen oder methodische und konzeptionelle Änderungen, auch rückwirkend, vorgenommen.

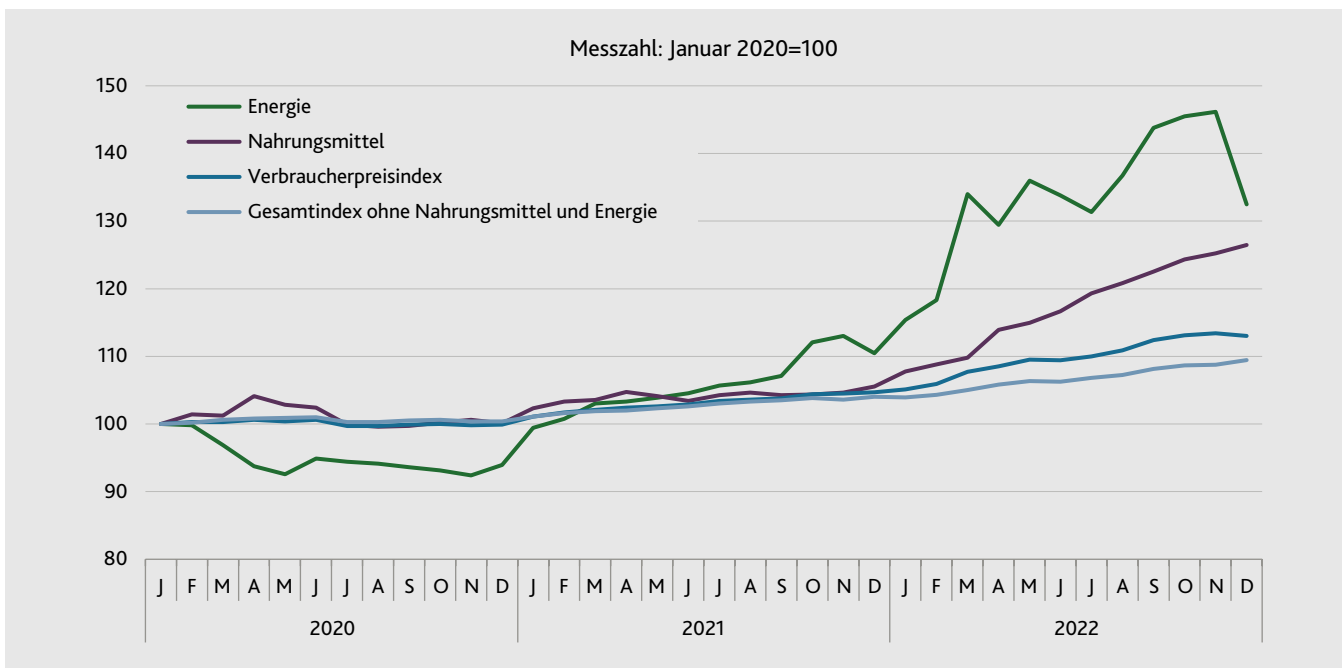
Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse für den Berichtsmonat Januar 2023 erfolgte die Umstellung von der bisherigen Basis 2015 auf das Basisjahr 2020. Die Wägungsschemata wurden aktualisiert und methodische Änderungen wurden eingearbeitet. Der Verbraucherpreisindex wurde rückwirkend ab dem Berichtsmonat Januar 2020 neu berechnet. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Berichtsjahre 2020 bis 2022 auf neuer Basis dargestellt, sie können sich daher von früheren Veröffentlichungen unterscheiden.

Für Nahrungsmittel mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher 2022 ebenfalls wesentlich tiefer in die Tasche greifen als im Vorjahr. Bereits seit Ende 2019 besteht ein Trend zur Verteuerung von Nahrungsmitteln, der im zweiten Halbjahr 2020 durch die temporäre Mehrwertsteuersenkung nur kurzzeitig unterbrochen wurde und sich anschließend fortsetzte. Dieser Trend wurde durch den Krieg in der Ukraine verstärkt: Während die Preise im Januar 2022 um 5,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats lagen, waren Nahrungsmittel am Jahresende

Nahrungsmittelpreise steigen um 13 Prozent



G2 Verbraucherpreise 2020–2022 nach Monaten



20 Prozent teurer als im Dezember 2021. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Nahrungsmittelpreise um 13 Prozent.

Folge des Anstiegs der Energiepreise sein, da kaum eine Ware oder Dienstleistung ohne den Einsatz von Energie produziert werden kann.

Kerninflation ebenfalls weit über der Zwei-Prozent-Marke

Um längerfristige Trends bei der Preisentwicklung zu erkennen, wird die Veränderung des „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ betrachtet, die auch als Kerninflation bezeichnet wird. Schon zu Beginn des Jahres lag die Kerninflation mit +2,8 Prozent über der geldpolitisch relevanten Zwei-Prozent-Marke. Im März überschritt die Rate die Drei-Prozent-Marke, und im September lag sie erstmals bei mehr als vier Prozent. Im Dezember war mit +5,2 Prozent der Höchststand im Jahresverlauf erreicht. Im Jahresdurchschnitt betrug die Kerninflation +3,9 Prozent (Deutschland: +3,8 Prozent). Der Anstieg der Kerninflation zeigt, dass die Preissteigerungen sich nicht auf Energie und Nahrungsmittel beschränken, sondern sich auf ein breites Gütersortiment erstrecken. Dies dürfte unter anderem eine indirekte

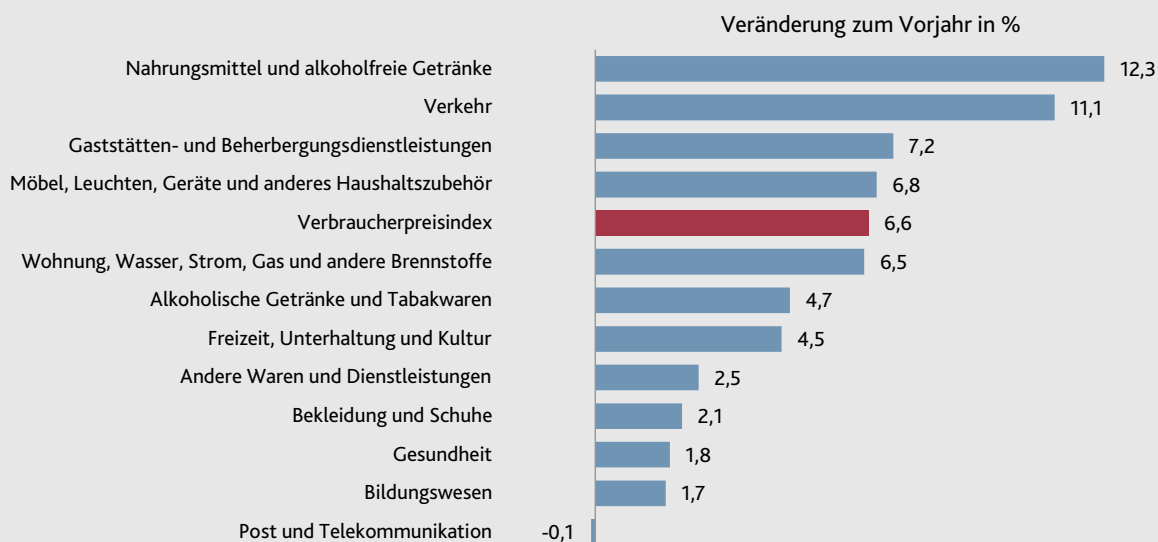
Stärkste Preissteigerungen in der Abteilung „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“

Da ein Großteil der von den Verbraucherinnen und Verbrauchern konsumierten Waren und Dienstleistungen von Preiserhöhungen betroffen war, stieg in elf der zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex das Preisniveau. In zwei der zwölf Abteilungen erhöhten sich die Preise sogar mit zweistelliger Rate: Am stärksten verteuerten sich „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“, deren Preise 2022 im Jahresdurchschnitt um zwölf Prozent anzogen. Die Preise für Waren und Dienstleistungen aus der Abteilung „Verkehr“ stiegen um elf Prozent. In drei weiteren Abteilungen erhöhte sich das Preisniveau um mehr als fünf Prozent: Gast-

Preisniveau steigt in elf der zwölf Abteilungen



G3 Verbraucherpreise 2022 nach Waren- und Dienstleistungsgruppen



stätten- und Beherbergungsdienstleistungen (+7,2 Prozent), „Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör“ (+6,8 Prozent) sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ (+6,5 Prozent). Vergleichsweise moderat verteuerten sich Waren und Dienstleistungen aus den Abteilungen „Bildungswesen“ und „Gesundheit“ – diese beiden Bereiche lagen mit Steigerungsraten von 1,7 bzw. 1,8 Prozent am unteren Ende des Spektrums. Nur in einer der zwölf Abteilungen blieb das Preisniveau nahezu unverändert: Im Bereich „Post und Telekommunikation“ waren die Preise 2022 im Jahresdurchschnitt um 0,1 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen für ein Viertel der Teuerung verantwortlich

Wie sich die Preisentwicklung in einer Abteilung auf den Gesamtindex auswirkt, hängt neben der prozentualen Preisveränderung auch davon ab, welchen Anteil die Güter aus dieser Abteilung am gesamten Warenkorb haben, der dem Verbraucherpreisindex zugrunde liegt. Rund ein Viertel der Gesamtteuerung (1,7 Prozentpunkte von +6,6 Prozent) verursachte die Abtei-

lung „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“, obwohl sie gemessen an den prozentualen Preissteigerungen nur an fünfter Stelle unter den zwölf Abteilungen liegt. Der Grund dafür ist die herausragende Verbrauchsbedeutung der Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen; sie haben einen Anteil von gut einem Viertel am Warenkorb des Verbraucherpreisindex. Nettokaltmiete und Wohnungsnebenkosten, die zusammen ein Fünftel des Warenkorbs ausmachen, stiegen zwar nur moderat um 2,1 Prozent. Dafür fielen die Preissteigerungen bei Haushaltsenergie – dazu zählen Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme und feste Brennstoffe – umso stärker ins Gewicht.

Haushaltsenergie war 2022 im Jahresdurchschnitt 27 Prozent teurer als 2021. Der Preisdruck stieg im Jahresverlauf: Im Januar und Februar lagen die Preise für Haushaltsenergie um neun bzw. zehn Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine kletterte die Rate im März auf +16 Prozent. Ihren

Preise für Haushaltsenergie legen um 27 Prozent zu



Höhepunkt der Preissteigerungen im November

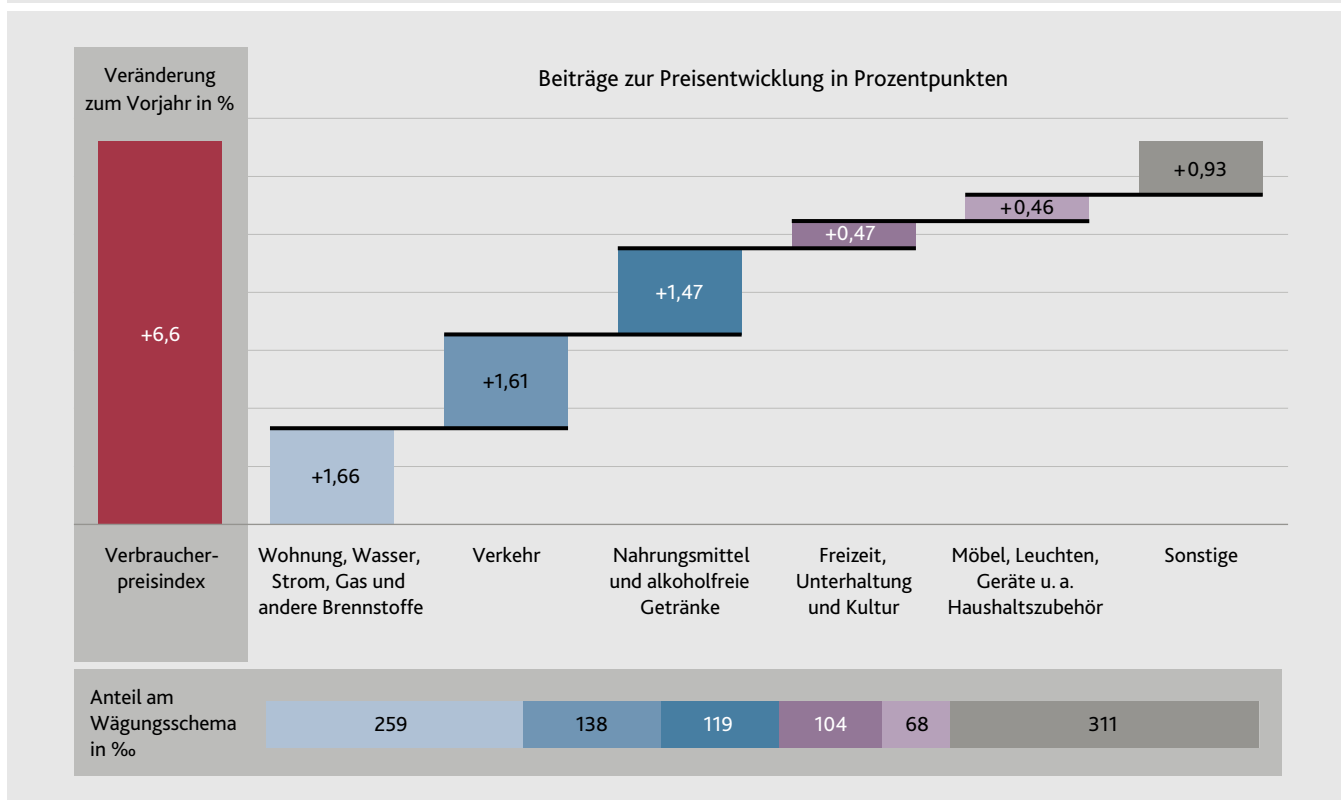
Höhepunkt erreichten die Preissteigerungen im November mit +45 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Bei den verschiedenen Brennstoffen verlief die Preisentwicklung unterschiedlich. Heizöl (einschließlich Betriebskosten) verteuerte sich im Jahresdurchschnitt um 73 Prozent. Die Preise für feste Brennstoffe stiegen um 65 Prozent. Gas und Strom werden häufig über längerfristige Lieferverträge mit fest vereinbarten Preisen bezogen. Die Preiserhöhungen bei Gas und Strom schlugen sich daher erst sukzessive mit dem Auslaufen von Preisbindungen in bestehenden Verträgen im Verbraucherpreisindex nieder. Die Gaspreise (einschließlich Betriebskosten) stiegen im Jahresdurchschnitt um 38 Prozent, allerdings waren beim Abschluss von Neuverträgen zum Teil wesentlich stärkere Steige-

rungen zu verzeichnen. Strom verteuerte sich um 15 Prozent, obwohl die EEG-Umlage zum 1. Januar 2022 reduziert wurde und ab dem 1. Juli komplett wegfiel. Die Preise für Fernwärme waren im Durchschnitt 14 Prozent höher als 2021.

Im Dezember 2022 ließ der Preisdruck bei Haushaltsenergie nach. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte eine Maßnahme aus dem dritten Entlastungspaket der Bundesregierung sein. Als Soforthilfe zum Ausgleich gestiegener Erdgas- und Wärmepreise übernahm der Staat im Dezember die Abschlagszahlungen für Gas- und Fernwärmelieferungen für diejenigen Verbraucherinnen und Verbraucher, die einen Direktvertrag mit einem Versorger abgeschlossen haben. Trotzdem waren die Preise für Haushaltsenergie im Dezember 30 Prozent höher als im Vorjahresmonat, da

Dezember-Soforthilfe senkt Preisdruck bei Gas und Fernwärme

G4 Beiträge ausgewählter Abteilungen des Verbraucherpreisindex zur Preisentwicklung 2022





die Entlastungsmaßnahme bei Haushalten, die keinen Direktvertrag mit einem Versorger haben, erst mit der nächsten Betriebskostenabrechnung wirksam wird. Außerdem konnten Haushalte, die mit Heizöl, festen Brennstoffen oder Strom heizen, von dieser Maßnahme nicht profitieren.

Kraftfahrer-
Preisindex
steigt um
zwölf
Prozent

Die Preisentwicklung in der Abteilung „Verkehr“ trug 1,6 Prozentpunkte zur jahresdurchschnittlichen Teuerungsrate von +6,6 Prozent bei. Dabei schlug insbesondere der Anstieg der Kraftstoffpreise zu Buche, die im Jahresdurchschnitt um 26 Prozent über dem Niveau von 2021 lagen. Verbraucherinnen und Verbraucher, die ein neues Auto benötigten, mussten beim Kauf ebenfalls deutlich tiefer in die Tasche greifen. Die Preise für Pkw legten um 9,8 Prozent zu. Der Kraftfahrer-Preisindex, der die Preisentwicklung bei Kraftfahrzeugen sowie bei den für ihren Betrieb notwendigen Waren und Dienstleistungen zusammenfasst, erhöhte sich um zwölf Prozent. Preisrückgänge gab es hingegen bei der Personenbeförderung im Schienenverkehr (-5 Prozent) und bei kombinierten Personenbeförderungsleistungen, zu denen z. B. Verbundtickets zählen (-15 Prozent). Der Grund dafür ist das „9-Euro-Ticket“, das in den Monaten Juni bis August 2022 die deutschlandweite Nutzung des Regional- und Nahverkehrs für neun Euro im Monat ermöglichte.

Ukraine und
Russland
haben bei
einigen
Agrarpro-
dukten hohe
Anteile am
Welthandel

Auf Preissteigerungen in der Abteilung „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ sind knapp 1,5 Prozentpunkte der Gesamtteuerung zurückzuführen. Auch in der Entwicklung der Nahrungsmittelpreise schlug sich der Krieg in der Ukraine nieder. Die Ukraine und die Russische Föderation haben bei einigen Grundnahrungsmitteln große Anteile am Welthandel. Aus der Ukraine stammten 2021

rund 41 Prozent der weltweiten Exporte von Sonnenblumenöl, aus Russland weitere 19 Prozent.² Die starken Preissteigerungen bei Sonnenblumenöl ab Frühjahr 2022 dürften daher unmittelbar mit dem Ausbruch des Krieges zusammenhängen. In Rheinland-Pfalz waren „Speisefette und -öle“ im Jahresdurchschnitt 39 Prozent teurer als im Vorjahr. Auch bei Weizen und Gerste haben die beiden Kriegsparteien zusammen einen Anteil von mehr als einem Fünftel an den weltweit exportierten Mengen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Rheinland-Pfalz mussten 2022 im Jahresdurchschnitt zwölf Prozent mehr für Brot und Getreideerzeugnisse bezahlen als im Vorjahr. Dabei dürfte neben der Angebotsverknappung auf dem Weltmarkt vor allem der Anstieg der Energiepreise eine Rolle spielen, der die Produktionskosten in die Höhe schnellen ließ. Die Verteuerung der im Produktionsprozess eingesetzten Energie dürfte auch ein wesentlicher Grund dafür sein, dass die Preise zahlreicher anderer Nahrungsmittel stark anzogen. So verteuerten sich Molkeerzeugnisse und Eier im Jahresdurchschnitt um 19 Prozent sowie Fleisch und Fleischwaren um 15 Prozent. Obst sowie „Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren“ sind die einzigen Güterklassen im Nahrungsmittelbereich, in denen die Steigerungsraten einstellig blieben (+3,4 bzw. +5 Prozent).

Die Preisentwicklung in der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ trug 0,5 Prozentpunkte zur Gesamtinflation bei. Besonders ins Gewicht fielen die starken Preissteigerungen bei Pauschalreisen, für die Verbraucherinnen und Verbraucher im Jahresdurchschnitt

Pauschal-
reisen deut-
lich verteuert

² Vgl. Statistisches Bundesamt: Export von Lebensmitteln und Tierfutter: Ukraine und Russland mit hohem Weltmarktanteil. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/landwirtschaft-fischerei/Ukraine-Landwirtschaft.html> [abgerufen am: 17. März 2023]



9,6 Prozent mehr bezahlen mussten als 2021. Diese Preiserhöhungen könnten einerseits eine Reaktion der Unternehmen auf Kostensteigerungen und Einnahmeausfälle sein, die während der Hochphase der Coronapandemie durch verschärfte Hygieneauflagen entstanden. Andererseits schlagen auch die aktuell hohen Preise bei Materialeinsatz und Energie zu Buche. Darüber hinaus könnten die Preiserhöhungen zum Teil auch eine gestiegene Nachfrage durch Nachholeffekte nach dem Abflauen der Pandemie widerspiegeln.

Weitere 0,5 Prozentpunkte der Gesamtteuerung sind auf die Preisentwicklung in der Abteilung „Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör“ zurückzuführen. Dazu trugen insbesondere die Verteuerung von Möbeln und Leuchten (+7,8 Prozent) sowie von „Glaswaren, Tafelgeschirr u. a. Verbrauchsgütern“ (+6,1 Prozent) bei.

Kräftige
Preissteigerungen bei
Möbeln und
Leuchten

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Analysen Wirtschaft“.